

Jour fixe vom 10.01.2022 – Die „Migrationskrise“ an der Grenze zwischen Belarus und Polen, sowie Putins aktuelle diplomatische Offensive

Bei der öffentlichen Befassung mit der sogenannten Migrationskrise an der Grenze zwischen Weißrussland und Polen ist einfach *keine* Rede davon, *worum* es dem „Übeltäter“ Lukaschenko geht. Es ist also überhaupt erst einmal zu bestimmen, was Lukaschenko in der Sache da versucht und worauf er hinaus will. Daran schließt sich an, was Polen im Verbund mit den Balten aus dieser Angelegenheit verfertigt hat; die Qualität der von Polen veranstalteten Übergänge ist zu kennzeichnen. Der nächste Punkt ist, was die Rolle Deutschlands, der EU und der USA dabei ist und was die daraus gemacht haben. Von daher ist die Reaktion Russlands, deren diplomatische Offensive, die aktuell verhandelt wird, zu bestimmen, was ja ein ganzes Stück umfassender ist.

*

So wie im Herbst letzten Jahres hierzulande diese Migrationskrise besprochen wurde, gibt es eine Parallele zur Ukraine. Die hiesige **Öffentlichkeit** machte aus Grenzübertritten von zwei bis dreitausend Flüchtlingen, dass Lukaschenko ein wild gewordener Diktator sei, der einen Flüchtlingsstrom loslässt und damit Europa destabilisieren will. Das ist ein groteskes Missverhältnis zwischen der Sache und wie die dem Publikum hierzulande präsentiert wird. Egal welche Zeitung man aufschlägt, das Urteil steht, wie im Fall der Ukraine, schon fest: ein boshafter Schuldiger missbrauche die Flüchtlinge und mache die Grenzen der EU oder die angrenzenden Staaten zu seinen Opfern. Die Frage, ob das überhaupt irgendwie *plausibel* ist, kommt gar nicht erst auf. Keiner thematisiert in dem Zusammenhang, dass das wirklich nicht die einzige Grenze ist; über andere sogar wesentlich mehr Flüchtlinge in die EU kommen (z.B. Griechenland, Italien, Spanien), wo es riesige Lager gibt und sich Dramen abspielen, und dass *das* heutzutage überhaupt keine Affäre mehr ist.

– *Man kann sich ja schon daran erinnern, dass, als vor 2 Jahren ca. 100.000 Flüchtlinge kamen, die Antwort von Merkel war: „Wir schaffen das!“ – hier gilt das auf einmal als Erpressung.*

– *Es heißt ja, Lukaschenko habe Flüchtlinge aus dem Irak und anderen Ländern angeworben, die wolle er über die polnische Grenze nach Europa bringen und das sei eben die Erpressung.*

Was ist an dieser von der Öffentlichkeit so aufgebauchten Erpressung denn dran? Zur Beantwortung dieser Frage ist zu klären, was da passiert ist und wie das dem Publikum hier präsentiert wird: Flüchtlinge in relativ moderater Zahl überschreiten die polnische Grenze und die Öffentlichkeit stellt das als *Angriff* erst auf die polnische Grenze, auf Polen, schließlich auf die ganze EU dar. Aus dieser ihrer Darstellung der Sache ist für sie die *Absicht* von Lukaschenko klar: so ein boshafter Übergriff auf die EU zielt darauf, sie zu destabilisieren. So bebildern sie ausdrucksstark ihr Urteil über Lukaschenko, ihr *Feindbild*, das sie ihm gegenüber eh längst haben. Die Sache steht dabei in einem lächerlichen Verhältnis zu dem Urteil über sie. Dass ein mächtiger Wirtschaftsblock mit 27 Industrienationen und hunderten Millionen Menschen durch das Eindringen von ein paar tausend Flüchtlingen destabilisiert wird, dass so dessen Souveränität untergraben wird und er irgendwie nennenswerten Schaden leiden soll, das ist doch erst mal eine sehr absurde Konstruktion. Die trifft allerdings auf ein Publikum, dem das einleuchtet: und schon steht fest, dass sich die EU das nicht bieten lassen kann.

Der Rückschluss von dieser aufgemachten Gefährdung der EU auf ein dahintersteckendes boshafte Subjekt ist überhaupt die Grundlage dafür, dass Lukaschenko solche Absichten unterstellt werden wie, er Sorge dafür, dass Syrer, Iraker usw. nach Belarus kommen, die er an die Grenze zu Polen schleuse. Hier muss man auch vorsichtig sein und nicht einfach alles, was in der Zeitung steht, als Wahrheit ansehen. Man konnte doch bei den ganzen internationalen Flüchtlingsbewegungen durchaus mitkriegen, dass, sobald es die geringsten Anzeichen gibt, irgendwo sei es jetzt leichter über die Grenze zu kommen, eine ganze Schlepperindustrie Gewehr bei Fuß steht und dafür sorgt, dass die Flüchtlinge da hinkommen; und dass Organisationen, Reisebüros

und Fluggesellschaften sich immer eine goldene Nase an diesen Flüchtlingsströmen verdienen.

In dem Urteil der Öffentlichkeit, die allein Lukaschenko für die äußerst angespannte Lage an der Grenze dingfest macht, kommt zumindest indirekt vor, dass Lukaschenko nicht der einzige Beteiligte ist. Berichtet wird ja auch, wie Polen agiert, dass es die Grenze schließt, gegen die Flüchtlinge sein Militär auffährt und sogar mit Panzern anrückt, dass also die Dramatik der Lage nicht einseitig ein Werk Lukaschenkos sein kann und schon gar nicht das der Flüchtlinge.

*

Was ist nun das Anliegen **Lukaschenkos**?

— *Nachdem vom Westen die Wahl nicht anerkannt wurde – und er damit auch nicht als Staatschef –, geht er jetzt einen merkwürdigen Weg. Er versucht über diese Flüchtlingsproblematik vom Westen als Gesprächspartner anerkannt zu werden.*

— *Hier ist wichtig zu erwähnen, dass es eine Vereinbarung zwischen Lukaschenko und der EU gab. Er wollte Unterkünfte für die Flüchtlinge bauen und die EU wollte bezahlen, was sie dann nicht gemacht hat. Und darüber beschwert er sich: er schützt praktisch die EU und die gehen jetzt so schäbig mit ihm um.*

— *Was Lukaschenko bewegt, ist noch grundsätzlicher. Er hat nach der Auflösung des Ostblocks auf der einen Seite die Transformation seines Landes Richtung Marktwirtschaft angestrebt und zugleich auf der anderen Seite an manchen Errungenschaften des realen Sozialismus festgehalten und darüber auch ein gewisses Bündnis mit Russland gepflegt. Das hatte für Lukaschenko zwei Resultate: erstens hatten die Geschäfte mit dem Westen für Belarus nicht den gewünschten Erfolg und der Westen stufte ihn als Vasall Russlands ein. Zweitens bemerkte er am Bündnis mit Russland, auf das er ja angewiesen ist, dass dieser Bruderstaat durchaus seine eigenen, den belarussischen auch mal zuwiderlaufenden Interessen hat. Das Lavieren Lukaschenkos zwischen diesen beiden gegnerischen Lagern wurde ihm damals als „Schaukelpolitik“ angekreidet, die ihm der Westen nicht gestatten wollte. Vor diesem Hintergrund des Nichtgestattens kommt Lukaschenko darauf, die Migranten könnten für ihn ein Mittel sein, um den Westen zu einer Kooperation mit seinem Land zu bewegen.*

Das ist sehr höflich ausgedrückt. Der Westen hat ihm nicht einfach die Schaukelpolitik verbieten wollen, sondern das Land mit einem umfassenden *Sanktionsregime* belegt. Die Hauptverdienstquellen Weißrusslands, Erdölprodukte und Düngemittel, stehen unter Sanktionen, die seit inzwischen 1 ½ Jahren immer mehr verschärft werden. Das ruiniert nach fachkundigen Begutachtern nicht nur deren Hauptdevisenquellen, sondern auch die Kreditwürdigkeit des Landes, bedroht also die Zahlungsfähigkeit von Belarus überhaupt. Obendrein hat man Lukaschenko eine vom Westen unterstützte Opposition ins Haus gesetzt, die seine Legitimität bestreitet. Nicht er wird von der EU als Staatschef anerkannt, sondern die Exilmannschaft in Litauen. Es ist ja nicht unbekannt, dass von westlicher Seite, insbesondere von Polen, aber auch von den baltischen Staaten, alles dafür getan wird, in Belarus so etwas wie eine interne Opposition voranzubringen und auf den Sturz Lukaschenkos hinzuarbeiten. Belarussische Oppositionelle lässt die EU nach Polen und in die baltischen Staaten einreisen, bietet ihnen Exil und die Möglichkeiten, von da aus gegen die Verhältnisse in Belarus zu agitieren. In Polen und in den baltischen Staaten werden sie nicht nur aufgenommen, sondern betreut, angeleitet, finanziert und durch die ganze EU geschickt, um Propaganda gegen Lukaschenko zu machen. Da trifft die EU sehr wohl die Unterscheidung zwischen Flüchtlingen, die die EU *nicht* haben will und den willkommenen Gästen, die gesponsert werden, weil sie die politische Unterminierung in Belarus betreiben, auf die es der EU ankommt. Das ist also insgesamt schon eine sehr zugespitzte Lage und so etwas wie Gegensanktionen befinden sich nicht in der Reichweite weißrussischer Macht.

Stattdessen versuchte Lukaschenko aus dem Flüchtlingsthema etwas zu machen. Denn in dieser Sache hat er ja bisher eine für die EU nützliche Funktion ausgeübt. Seit Anfang 2020 gibt es ein Visa- und Rücknahmeabkommen mit der EU, die auch mehrere Millionen für den Bau von Lagern für abgewiesene Migranten zahlen wollte. Das war der

Punkt, an dem im Juli letzten Jahres die Affäre überhaupt erst eingesetzt hat. Hier ein Zitat dazu aus „german foreign policy“ vom Juli letzten Jahres: „Für besondere Empörung sorgt in der EU aktuell, dass die belarussische Regierung sich nicht mehr an Absprachen mit Brüssel zur Flüchtlingsabwehr gebunden fühlt. Erst im vergangenen Jahr hat die EU ein sogenanntes Rückübernahmeabkommen geschlossen, das umstandslose Abschiebungen ermöglichen soll. Minsk hat jetzt mitgeteilt, sich nicht mehr an die Vereinbarungen gebunden zu fühlen, ebenso hinfällig sind Pläne der EU, Flüchtlingslager zu bauen.“ Aus dieser nützlichen Funktion versucht er einen Hebel zu verfertigen, um die EU wieder zu einem irgendwie gearteten Verhandlungswesen zu bringen. Um dem Nachdruck zu verleihen warnt er, z.B. dass da nicht nur friedliche Migranten rüber kommen, sondern möglicherweise auch radikale bewaffnete Muslime.

— *Belarus ist ein Land, das um sein Überleben kämpft. Einerseits treffen die Sanktionen dieses Land hart und andererseits ist Russland auch nicht der ganz starke Verbündete. Das zeigt schon, was das für ein fragwürdiges Mittel ist, wenn Lukaschenko jetzt die Migranten ins Feld führt. Wie auch schon in der Vergangenheit bietet er seine Dienste an – Barrieren aufstellen gegen die Migranten – und stellt diese aktuell in Frage, um sie als Druckmittel fungieren zu lassen, um die EU zu einer Kooperation zu bewegen.*

Das ist die Anfrage an die EU, ob ihr diese Dienste nicht zumindest so viel wert sind, dass mit ihm wieder gesprochen wird. Für die EU oder den Westen ist ein umfassendes Sanktionswesen mit allergrößter Selbstverständlichkeit damit zu vereinbaren, Lukaschenko in die Pflicht zu nehmen, nützliche Dienste für die EU zu leisten, indem er ihnen Flüchtlinge vom Hals hält. Wenn dann die belarussische Seite diese Sorte Dienstbarkeit aufkündigt, wird das nicht als hilfloser Versuch gesehen, mit der EU wieder ins Geschäft zu kommen. Diesen Dienst nicht weiter leisten zu wollen, wird sofort identifiziert mit der böswilligen Absicht, die EU destabilisieren zu wollen.

So ist aus dieser Flüchtlingsfrage hierzulande schnell ein veritables Kriegsszenario verfertigt worden, dass da Grenzkonflikte und dergleichen drohen. Das ist nicht Lukaschenko anzulasten. Der zielte nach der Zurückweisung seines ursprünglichen Vorstoßes durch die EU vielmehr auf Schadensbegrenzung – z.B. Iraker zurück in den Irak zu fliegen. An der massiven Reaktion der EU sieht man sehr eindeutig, wer die Sache eskaliert hat.

*

— *Wie die Eskalation seitens **Polen** zu einem Kriegsszenario gelaufen ist, konnte man in den Nachrichten verfolgen. Da wurden Grenzzäune mit Stacheldraht errichtet, Soldaten hingeschickt, Flüchtlinge zurückgeschubst über die Grenze, wo sie hungern und frieren mussten. Weiter wurden Hilfslieferungen humanitärer Verbände an der Grenze gestoppt sowie Aktivisten und Journalisten zurückgewiesen.*

Man muss zwei Dinge auseinanderhalten. Das eine ist, wie an der Grenze mit Flüchtlingen umgegangen wurde, mit jeder Ekelhaftigkeit, die man schon aus Griechenland usw. kennt: Leute nicht reinlassen, sie verprügeln und bedrohen, sie erfrieren und verhungern lassen. Etwas anderes ist, dass das nicht nur eine Auseinandersetzung mit den Flüchtlingen war, sondern Polen das als Angriff Lukaschenkos auf sich und die EU definierte. Daraus abgeleitet haben sie es für nötig und damit gerechtfertigt befunden, an der polnischen Grenze den *Ausnahmestand* zu erklären, Zehntausende von Soldaten aufmarschieren zu lassen und die Frage auf den Tisch zu legen, ob da nicht die NATO eingreifen müsse. Durch diese Eskalation mit massiven Truppenkonzentrationen an der Grenze und bis an die Zähne bewaffneten Soldaten hat Polen eine Situation *hergestellt*, in der es nur eines mehr oder minder großen Zwischenfalls bedurft hätte, dass es zu einer kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Weißrussland und Polen gekommen wäre.

— *Lukaschenko wollte vielleicht der EU und dem Westen einen Strich durch die Rechnung machen, die darauf gesetzt haben, dass das belarussische Volk zur Demokratie „überläuft“. Er hat jetzt aber durch diese Maßnahme demonstriert, wie schlecht die EU und der Westen mit der Bevölkerung umgehen, mit Flüchtlingen oder Leuten, die in den*

Westen – also zur Demokratie – wollen.

Dass Lukaschenko agitatorisch *ausnutzt* und seinem Volk präsentiert, wie Polen und die EU mit Flüchtlingen umgehen und wie sie sie traktieren, und dabei Verletzungen der Menschenrechte feststellt, ist die moralische Ebene in der Sache. Daraus erklärt sich diese Affäre jedoch nicht.

— *In der anti-weißrussischen Agitation wurde Lukaschenko unterstellt, er wolle den Westen moralisch diffamieren und spalten, indem er dessen Inhumanität vorführt. Das wurde aber dann eine Art Leernummer, weil der Westen sich gar nicht erst auf diese Argumentation einließ, wie man das an den polnischen Brutalitäten an der Grenze sieht. Die moralische Diskreditierung Polens stand nicht an und um die Vorwürfe Lukaschenkos – eines illegitimen Herrschers! – brauchte man sich nicht zu kümmern.*

— *Lukaschenko wollte damit nicht dem Westen etwas reinwürgen, sondern sein eigenes Volk einen, weil die wie in der Ukraine Veränderungen durchsetzen wollen und nicht mehr hinter der Herrschaft stehen.*

Es mag eine moralische Nebenfront gewesen sein, auf die unschöne Behandlung von Flüchtlingen durch europäische Staaten zu deuten, quasi als Retourkutsche dazu, dass Lukaschenko Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden. Aber damit lassen sich die EU-Staaten eh nicht ins moralische Unrecht setzen. Sie haben im Gegenteil mit der allergrößten Selbstverständlichkeit betont, dass niemand nach Polen oder in die EU hereinkommt, der nicht das Recht dazu hat, und dass das mit allen Mitteln gewährleistet wird. Der andere Gedanke, dass Lukaschenko dem eigenen Volk damit die Schabigheit der EU-Staaten vorführen wollte, beißt sich mit der Tatsache, dass er selber die Flüchtlinge nicht besser behandelt hat als der Westen, sondern sie genauso für seine politischen Absichten funktionalisiert und instrumentalisiert hat.

— *Er hat sie im Gegensatz zu Polen in Unterküften untergebracht und ihnen ärztliche Versorgung und Nahrung gewährt. Der hat sich schon anders verhalten.*

Erst einmal hat er sie für Flüge, Hotel und Taxifahrten an die Grenze bezahlen lassen. Und dass er dafür gesorgt hat, dass sie dort unter Aufsicht seines Grenzschutzes sind und nicht verhungern, bevor sie nach Polen kommen, war pragmatisch kalkuliert. Erst als Lukaschenkos Versuch, sich als politischer Partner der EU wieder ins Spiel zu bringen, von Polen mit einem eskalierenden Kriegsszenario beantwortet wurde, hat er seinerseits Deeskalation betrieben. Daraus erklärt sich, dass er die Leute wieder von der Grenze zurückgeholt und notdürftig versorgt hat. Etliche von denen (ca. 600) hocken übrigens noch immer in dieser leerstehenden Halle, andere wurden in ihre Heimatländer zurückgeflogen. Das alles ist insofern nicht mit humanitären Gesten Lukaschenkos zu verwechseln.

— *Ist es richtig, dass Flüchtlinge schon seit längerer Zeit durch Belarus geschleust worden sind ohne viel Aufsehens und dass das erst jetzt über das aktuelle Geschehen in Belarus und durch die polnische Grenzschiebung so aufgeblasen worden ist?*

— *Es gab bis jetzt eine Art kleinen Grenzverkehr auch mit Fliegern und Lukaschenko hat dafür gesorgt, dass Einreise stattfand oder auch nicht. Weißrussland war außerdem kein reines Flüchtlingstransitland. Es hat auch selbst jede Menge Flüchtlinge, die unbedingt nach Europa wollten, aus den sogenannten Krisengebieten aufgenommen.*

Lukaschenkos Verfahrensweise mit den Flüchtlingen war ein Hin und Her. Er hat erst mit der EU seine Dienste bei deren Rücknahme und Rückschickung ausgehandelt. Dann hat er diese nützliche Funktion aufgekündigt und die Flüchtlinge über die polnische Grenze ausreisen lassen. Angesichts der Reaktion von Polen und der EU hat er jedoch wieder zurückgerudert und wollte so diesen aktuellen Anlass für die gegen Weißrussland gewendete Eskalation aus der Welt schaffen. Er hat dafür gesorgt, dass die zahlreichen Flüge von Flüchtlingen aus Irak und Syrien nach Belarus nicht mehr stattfinden und hat die Leute von der Grenze abgeholt. Die durch Polen verschärfte Situation, was vorher mit „aufgeblasen“ bezeichnet wurde, hatte mit dieser Flüchtlingspolitik Lukaschenkos nichts mehr zu tun. Polen hat nicht das Problem gewälzt, was es mit den vielen Flüchtlingen an der Grenze tun soll, sondern die Affäre zum „hybriden Krieg“ Lukaschenkos gegen Polen und die EU *erklärt* und entsprechende Maßnahmen ergriffen: den Ausnahmezustand

verhängt, Truppenmassierungen an der Grenze durchgeführt usw.

Auch an der *Anzahl* der Flüchtlinge, ob das ein paar tausend mehr oder weniger sind, hängt nichts. Das hat nicht zu der Eskalation durch Polen geführt, sondern die war *deren* Werk und folgte *deren* Kalkulationen. Die Flüchtlinge waren ein willkommener *Anlass*, um Polens eigene Front gegen Weißrussland und Russland aufzubauen.

— *Polen wollte mit diesem Grenzregime und dem militärischen Aufmarsch nicht einfach gegen die illegale Einreise der Flüchtlinge vorgehen, sondern das Ganze läuft unter dem Titel: Polen ist zuständig für den Schutz der EU-Außengrenze. Und geschützt werden muss die EU-Grenze gegen Belarus und gegen Russland als deren Verbündetem. Und als solches Bollwerk stellt sich Polen an der Stelle auf. Das Stichwort „hybrider Krieg“ geht also gewaltig über die Flüchtlingsgeschichte hinaus.*

Zur Logik des Gedankens, was mit „hybrider Krieg“ behauptet wird: Normalerweise wird mit diesem militärischen Begriff eine nicht genuin kriegerische Maßnahme bezeichnet, die einen tatsächlich geführten Krieg begleitet, z.B. wurden in den Weltkriegen Flugblätter zur Zersetzung der Wehrkraft hinter den feindlichen Linien abgeworfen. Im vorliegenden Konflikt gab es aber überhaupt keinen Krieg, der mit Extramitteln begleitet werden sollte. Hier war es umgekehrt: Elemente eines hybriden Krieges sind vorstellig gemacht worden, aus denen so etwas wie ein Krieg Lukaschenkos gegen Polen/die EU konstruiert wurde. Der polnische Außenminister hat die Flüchtlinge als Kugeln bezeichnet, die von Belarus gegen Polen geschossen würden (quasi als Vorhut eines massiven Angriffs = bald kommen Millionen hinterher!). Damit hat er die Flüchtlingsaffäre als Krieg Weißrusslands gegen die EU aufbereitet.

Das Verhältnis von kriegerischer Auseinandersetzung und begleitenden hybriden Maßnahmen, die im eigentlichen Sinne nicht militärisch sind, aber einen Beitrag zum Niederringen des Feindes liefern sollen, wurde im Konflikt zwischen Polen und Belarus also auf den Kopf gestellt. Aus der *Definition* von Lukaschenkos Umgang mit den Flüchtlingen als hybrider Kriegsführung wurde geschlossen, dass Belarus kurz davor sei, einen kriegerischen Angriff auf Polen zu starten. Die polnische Politik ließ verlautbaren, dass sie davon ausgeht, mit allem rechnen zu müssen. Das gab die Rechtfertigung dafür ab, selber alles aufzufahren, was sie haben.

— *Welche Rolle spielt Polen da für Deutschland, wenn es sich gegen die Grenzverletzungen, also quasi kriminelle Taten der Flüchtlinge wehrt? Merkel greift das auf und wehrt es nicht als übertrieben ab. Damit stellt sie klar, dass die „Waffe“ Flüchtlinge keinerlei Erfolgsaussicht hat, auch als Botschaft an die Adresse all derer, die versuchen wollen, illegal in die EU zu kommen. Immerhin hat Merkel 2015, als Erdogan seine Flüchtlinge losgelassen hat, erfahren, welchen Widerstand in der deutschen Bevölkerung sie damit bewirkt hat. So etwas soll nie wieder passieren, dagegen muss massiv vorgegangen werden, auch an der polnischen Grenze.*

Das geht an der aktuellen Affäre vorbei, die von einer ganz anderen Brisanz ist als der richtige Umgang mit Flüchtlingen oder ihre Einsortierung. Polen hat eine veritable militärische Krisensituation an der weißrussischen Grenze geschaffen und soweit eskaliert, dass sich Weißrussland angesichts des Aufmarsches Unterstützung von Russland zusichern ließ. Erst danach hat Merkel sich eingeschaltet, um diese Sorte Eskalation an der EU-Außengrenze irgendwie unter *ihre* Kontrolle zu bringen – und nicht wegen innenpolitischer Bedenklichkeiten.

Um die *Qualität* des polnischen Vorstoßes und was dieser für Belarus bedeutet, deutlicher zu machen: Die Schließung der polnischen Grenzen zu Belarus ist ein einschneidender Schritt zur ökonomischen Isolierung des Landes von der Weltwirtschaft. Der polnische Aufmarsch mit Leopard-Panzern nur wenige Kilometer vor der Grenze ist eine Demonstration ihres Willens und ihrer Fähigkeiten, einen kriegerischen Akt gegen Belarus zu unternehmen. Polen zielt darauf ab, dass Lukaschenko abtritt. Dass es damit Russland einen erheblichen Schadensfall vor die Haustür setzen würde, diese Eskalation gegenüber Russland ist durchaus beabsichtigt.

— *Polen versteht sich demnach nicht einfach als Schützer der Außengrenze der EU, es versteht sich als Frontstaat in erster Linie gegen Lukaschenko, den es zu einem*

illegitimen Machthaber erklärt, weil in Belarus ein Systemwechsel angesagt sei, und darüber hinaus als Frontstaat gegen Russland.

Und Lukaschenko wird mit dem polnischen Aufmarsch an der Grenze neben dem ökonomischen Ausbluten praktisch ein erhebliches Grenzsicherungsproblem aufgemacht. Er ist mit einer neuen Dimension von Invasionsdrohung konfrontiert und nimmt das auch so zur Kenntnis. Er bittet Russland, seine Divisionen im Westen und im Süden von Belarus dort stehen zu lassen, und meldet seinen Bedarf nach mobilen ballistischen Raketensystemen an, die sowohl konventionelle als auch nukleare Sprengköpfe tragen können.

Für dieses Auftreten Polens ist die Rückendeckung durch das Bündnis (EU und Nato) eine unabdingbare Notwendigkeit.

*

Die Redeweise vom hybriden Krieg kam als Rechtfertigung des polnischen militärischen Auftritts daher, und auf dieser Ebene – dem Feindbild gegen Lukaschenko und gegen Russland – waren und sind **Deutschland**, die **EU** und die **USA** mit Polen durchaus einig. Was daraus folgen soll, ist eine andere Frage. Wenn Polen das bewusst und absichtlich zur Kriegsträchtigkeit aufbereitet und eine Lage an der Grenze geschaffen hat, in der tatsächlich ein Schuss – ob absichtlich oder unabsichtlich abgegeben – eine militärische Eskalation auslösen kann, gehen die Zwecke von Deutschland und Polen auseinander.

Nach der Aufbereitung der Flüchtlingsaffäre zu einer kriegsträchtigen Affäre hat Polen beansprucht, dass sich die EU, die NATO und Amerika hinter sein Vorgehen stellen. Das machte Merkel nicht mit. Sie stellte sich hinter das Feindbild, auch hinter das Urteil, da sei ein hybrider Krieg unterwegs, aber dass ein wirklicher Krieg fällig sein könnte, lehnte sie ab. Stattdessen hat sie ihre eigene Diplomatie mit Lukaschenko verfolgt, obwohl auch sie ihn nicht anerkennt. Durch die Brisanz der Lage sah sie sich veranlasst, einzugreifen und einen Versuch zu unternehmen, Polen die Eskalationsmittel aus der Hand zu nehmen: Würde Lukaschenko die Flüchtlinge wieder zurückschicken, wäre Polen das Material der Rechtfertigung – die Kugeln, gegen die es sich verteidigen muss – weggenommen. Dass Merkel sich genötigt sah, in dieser Affäre tätig zu werden und mit Lukaschenko zu telefonieren, war also eine Reaktion auf das, was Polen und die baltischen Staaten aus dieser Affäre gemacht haben.

Um die Sache wieder auf die Ebene der Flüchtlingsfrage der EU herunterzubringen, wurde von deutscher Seite auch auf Polen eingewirkt, Frontex an der Grenze zuzulassen. So sollten nicht polnisches und weißrussisches Militär sich gegenüberstehen, sondern Frontex für den adäquaten Umgang mit Flüchtlingen sorgen. Zudem wurde Polen aufgefordert, Beobachter und die Presse wieder in dieses Gebiet zu lassen und sich an die Regeln der EU zu halten. All das waren Versuche, in dieser Affäre auf Polen im Sinne Deutschlands Einfluss zu nehmen. Deutschland versuchte also, die Hoheit über den Konflikt an sich zu ziehen. Weil Merkel gegen den rasanten polnischen Übergang von einer Flüchtlingskrise in ein *Kriegsszenario* vorgehen wollte, setzte sie sich mit Lukaschenko und Putin diplomatisch ins Benehmen.

— Merkel übernahm die Redeweise von der hybriden Kriegsführung. Dass es um Krieg und Frieden ginge, hat sie demnach nicht zurückgewiesen. In ihrem Versuch jedoch, die Zuständigkeit Deutschlands zu sichern und die Kontrolle über die eskalierte Lage zu erlangen, behandelte sie die Sache als Frage des Grenzschutzes. Man sieht daran, dass Merkel die Art wie Polen sich aufstellt, nicht teilt, sondern von Europa aus relativiert.

Polen hat Frontex zwar nicht rein gelassen, aber mit der Eindämmung des Flüchtlingsstroms durch Erpressen der Fluggesellschaften (z.B. durch Verweigerung der Überflugsrechte) und der Herkunftsländer usw. ist Merkel durchaus vorangekommen. Auch Belarus hat sich darauf eingelassen, Flüchtlinge in einem gewissen Umfang zurück zu transportieren.

— Merkel nimmt also nicht nur einen von Polen abweichenden Standpunkt ein, sie macht diesen auch praktisch wahr gerade unter Einsatz der Mittel, die Deutschland gegenüber den Herkunftsländern und auch gegenüber Belarus hat.

— *Wenn die EU Sonderflüge organisiert, um Migranten von der Grenze zwischen Belarus und Polen zurück in den Irak zu bringen, ist auch das keine humanitäre Aktion. Sondern den Polen soll darüber ein Hebel aus der Hand geschlagen werden, sich gegen Belarus in dieser extremen Weise aufzustellen.*

Und das alles ist überhaupt keine Relativierung oder Rücknahme der ohnehin laufenden Konfrontation gegen Belarus. Merkel verfolgt ja im Prinzip das gleiche Ziel wie Polen, nämlich den Sturz Lukaschenkos voranzutreiben. Das tut sie nicht, weil sie etwas gegen *ihn* hat, sondern weil er dafür steht, dass Belarus ein Partner von Russland ist. Merkel betreibt dieselbe Konfrontation auf eine andere Art und Weise als Polen. *Dafür* setzte sie Lukaschenko unter Druck, die Flüchtlinge von der Grenze wegzubringen und dafür zu sorgen, dass weitere Flüchtlingstransporte nach Belarus unterbleiben. Das geschah nicht durch freundliches Bitten, sondern durch massive Drohungen z.B. mit der Ruinierung der belarussischen Fluggesellschaft und mit dem Erlass weiterer Sanktionen. So hat Merkel die Konfrontation vorangetrieben: Sie verpflichtete Lukaschenko, die Flüchtlingskrise gemäß ihren Vorgaben aus der Welt zu schaffen und gab ihm dabei zu verstehen, dass das *nicht* die Art und Weise ist, wie *sie* wieder mit ihm ins Geschäft kommen will. Sie drang weiterhin darauf, dass er mit allem, was er ist und wie er mit der internen Opposition umgeht, für die EU und damit für Deutschland in keinsten Weise zu ertragen ist.

— *Das ist zugleich eine Adresse an Polen, dass es nicht zu entscheiden hat, wann, auf welche Weise und auf welchem Anlass hin eine militärische Auseinandersetzung an seiner Grenze stattfindet.*

Was den Bezug des Westens auf Russland in dieser Affäre angeht, ist auffällig und klärens Wert, warum alle Beteiligten permanent Warnungen an Russland aussprechen. Dabei muss man sich das militärische Gesamtzenario vor Augen führen: Der Westen kreist Russland ein, baut rundherum Fronten auf, bedroht Russland militärisch im Schwarzmeerraum, im Ostseeraum usw. Russland trifft *dagegen* militärische Vorsorge, was an der Ukraine-Affäre zu beobachten ist. Russische Manöver im Westen des Landes finden entsprechend dimensioniert statt, sodass sie auch eine Abschreckungswirkung entfalten. Der Sache nach ist das eine Reaktion Russlands auf das Bedrängt-Werden von Seiten der NATO. Vom Westen jedoch – insbesondere von den USA, aber auch von allen anderen – wird das als Nötigung des Westens durch Russland verhandelt, weshalb er sich genötigt sehe, heftige Warnungen aussprechen zu *müssen*. Laut Darstellung des amerikanischen Außenministers soll Minsk die Situation an der Grenze von Belarus zur EU provoziert haben, um von einer russischen Truppenkonzentration an der Grenze zur Ukraine abzulenken. Die USA übersetzen sich die Flüchtlings-Affäre in einen bevorstehenden russischen Einmarsch in die Ukraine. Gemäß der amerikanischen Definition der Lage muss Russland also vor den fürchterlichen Konsequenzen, mit denen es in diesem Fall zu rechnen hätte, gewarnt werden.

— *Wenn Selenskyj im Osten der Ukraine die Separatisten provoziert und dort Scharmützel anzettelt oder wenn Polen ein Kriegsszenario aufmacht, dann konstatiert Russland dies als einen militärischen Aufmarsch an seinen Grenzen, auf den es entsprechend reagiert. Für den Westen ist dies dagegen ein Beispiel für die Aggressivität des russischen Imperiums. Da wird die Sachlage auf den Kopf gestellt.*

Der Charakter einer Reaktion ist da völlig herausgestrichen. Wenn man von der Vorgeschichte absieht und sich nicht damit befasst, worum es Russland geht, dann bleibt nur ein aggressiver Akt übrig, für den man Putin verantwortlich macht, ihm Aggressivität als Motiv unterstellt und spekuliert, was wohl alles dahintersteckt.

— *In den Medien wurde berichtet, dass Putin mit Belarus, Aserbeidschan und anderen GUS-Staaten eine „kleine NATO“ gegründet hat als Gegenstück zur großen NATO. Putin wird da als Rädelsführer gebrandmarkt, der sich mit bössartigen Herrschern verbündet.*

Dieses östliche Militärbündnis stellt eigentlich keine Bedrohung der NATO dar, weder von seiner Beschaffenheit her noch im Hinblick auf die militärischen Mittel, über die es verfügt. Die Brandmarkung Russlands als „Rädelsführer“ geht in der US-Argumentation so: Wenn sich Lukaschenko so aufführt und einen Angriff auf die EU an der polnischen

Grenze versucht, obwohl er sich das nicht leisten kann, braucht er den Rückhalt Putins. Also steckt Putin hinter der Sache. Wenn Putin dahintersteckt, muss es ihm um etwas ganz anderes gehen, er will von seinem geplanten Einmarsch in die Ukraine ablenken. Auf diese Art soll bewiesen werden, dass man es mit einer feindlichen Aggression von Seiten Russlands zu tun hat. Um es nochmal von der anderen Seite her zu sagen: Die Russen haben am Anfang großen Wert darauf gelegt, dass sie die Flüchtlingsfrage an der weißrussisch-polnischen Grenze als eine Angelegenheit von Belarus und der EU betrachten. Sie haben vergeblich versucht, sich herauszuhalten und sind in die Konfrontation hineingezogen worden, weil der Westen Russland dafür haftbar gemacht hat. So wird aus jeder Affäre in Russlands Nachbarschaft ein Argument dafür, dass Russland ein aggressiver Staat ist, dem sich die USA, die NATO und die EU entgegenstellen müssen. Das rechtfertigt jede geplante Aufrüstung und jeden Aufmarsch an der russischen Grenze.

— *Die Antwort aus Berlin auf die polnische Eskalation lautete, dass es sich um eine europäische Angelegenheit handle, über die nicht Polen entscheidet. Auf der anderen Seite wird so getan, als wäre Weißrussland kein Frontstaat, als hätte sich Russland dort militärisch komplett raus zuhalten, während das, was der Westen als Realität in Polen und der Ukraine an der gesamten Grenze gegenüber Weißrussland an militärischen Fakten geschaffen hat, als Sachlage gerechtfertigt und zu respektieren sei. Diese Verdrehung wird zum Argument gemacht, dass Russland sich zurückziehen müsse.*

Die Behauptung ist also, Russland wäre jetzt am Zug. Unterstellt ist, dass Russland den gesamten westlichen Aufmarsch der Nato samt der Kriegsdrohung, die darin steckt, hinnehmen muss. Man warnt Russland vor Übergriffen, die man diesem Land zutraut. Das ist eine Logik der Paranoia: Weil wir Russland alles zutrauen, müssen wir uns dagegen wappnen und Russland muss Deeskalation betreiben. Die Kriegsgefahr kann nur von Russland vermindert werden, indem es sich an die Vorschriften hält, die der Westen erlässt und die beinhalten, was Russland im eigenen Land mit seinem Militär anstellen darf und was nicht. Das zielt in der Sache auf eine weitere Eindämmung. Putin hat in einer seiner Reden explizit die Frage aufgeworfen, wohin sich Russland denn noch zurückziehen soll.

*

Dabei hat es **Russland** aber nicht belassen. Putin startet eine diplomatische Offensive, die zu Gesprächen und zu Verhandlungen sowohl in Genf als auch im NATO-Russlandrat führt.

— *Im Vorfeld dieser Gespräche hat Russland die Forderung aufgestellt, dass sich die Nato auf die Linien zurückziehen muss, die in der NATO-Russland-Grundakte von 1997 vereinbart worden sind. Außerdem sollen die USA darauf verpflichtet werden, Atomwaffen nur noch auf dem eigenen Staatsgebiet zu stationieren; begleitet wurde diese Forderung von der rhetorischen Frage Putins, ob Russland vielleicht Atomwaffen in Mexiko aufstellen soll. Russland stellt klar, dass der Westen hier eine rote Linie überschreitet und dass es nicht gewillt ist, dies hinzunehmen.*

In der NATO-Russland Grundakte von 1997 wurde vereinbart, keine Vorstöße gegeneinander zu unternehmen; gleichzeitig war dies der Auftakt zu den NATO-Osterweiterungen. Russland will jetzt Garantien dafür, dass unmittelbar an seinen Grenzen weder Raketen noch potente Truppen der NATO stehen, dass ein gewisser Sicherheitsabstand gewahrt wird.

Mit den „roten Linien“ drückt Putin aus, dass es eine Grenze für das Vorrücken der NATO gegen Russland geben muss und dass sie wegen der ständig stattfindenden Betrugereien vertraglich gesichert und verifizierbar sein muss; dass unterhalb dieser Grenze die Sicherheit Russlands nicht gewährleistet ist. Das ist das Fazit, das Russland aus der Zeit seit dem Ende der Sowjetunion gezogen hat. Die systematische Einkreisung, die der Westen seither betrieben hat, wird von Putin zur Kenntnis genommen und mit dem Zweck identifiziert, dass es dem Westen um eine *Entmachtung* Russlands geht. Dagegen macht Putin den Vorstoß, insbesondere den USA die *Alternative* vorzulegen, ob sie sich wirklich dazu bekennen wollen, dass sie eine unversöhnliche und nur per Krieg

auszutragende Feindschaft gegen Russland, also tatsächlich einen Krieg gegen Russland führen wollen *oder* ob sie sich zu Verhandlungen über die von Putin gezogenen roten Linien bereitfinden. Die USA sollen einsehen, dass Verhandlungen nötig sind und eine gewisse Selbstbeschränkung beim strategischen Vorrücken von Europa aus unabdingbar ist, um eine militärische Auseinandersetzung zu vermeiden. So viel Rücksichtnahme auf russische Interessen muss sein, wenn der Frieden gewahrt werden soll.

— *Dafür spricht auch das Format des Treffens in Genf. Der Dialog zwischen den USA und Russland steht unter dem Titel „europäische Sicherheitsarchitektur“ – worüber die EU sich maßlos aufregt.*

Auf dem Tisch ist damit: Wenn und solange Russland keine Sicherheitsgarantien der USA hat, gibt es keine *europäische* Sicherheitsarchitektur. Die beständige Einkreisung und Eindämmung Russlands kann und will Putin nicht länger tolerieren, sondern sich mit den vorhandenen und neuen militärisch-technischen Mitteln dagegen zur Wehr setzen. Die Alternative wäre, dass der Westen von dieser Art Bedrohung und Entmachtung Russlands Abstand nimmt und eine Sicherheitsgarantie in Aussicht stellt, die Russland davon überzeugt, dass es zum aktuellen Zeitpunkt auf eine militärische Intervention verzichten kann. Diese Alternative wurde von den Zuständigen und der Presse als absolute Zumutung, als eine unerfüllbare Forderung bezeichnet und komplett zurückgewiesen. Jeder Staat müsse selbst über seine Verteidigungsbemühungen bestimmen können, Russland habe kein Mitbestimmungsrecht, wer in die Nato komme usw.

Gleichzeitig wurden in kürzester Zeit die in dieser Woche stattfindenden Gesprächstermine vereinbart. Und Biden hat mit Putin telefoniert und den Standpunkt vertreten, man müsse sich die russischen Bedenken anhören. Damit wird klargestellt, dass einerseits die Zurückweisung von Putins Forderungen keine Rücknahme der antirussischen Feindschaft des Westens ist und dass andererseits die Drohung Russlands insoweit ernst genommen wird, dass man sich mit den Russen wieder ins Benehmen setzen und einen Dialog aufrechterhalten will. Wichtig ist an dieser Stelle, dass es bei aller feindlichen Rhetorik wegen der von Russland auf die Tagesordnung gesetzten Alternative überhaupt so etwas wie das Bemühen gibt, weiterhin diplomatische Gespräche mit Russland zu führen. Auch die Frage nach der Aufstellung von Mittelstreckenraketen wird wieder aufgeworfen und gleichzeitig betont, Russland habe dabei kein Mitspracherecht. Diese Sachlage wurde durch die diplomatische Offensive Russlands hergestellt.

— *Am Beispiel Belarus sieht man, wie verlogen dieses „Argument“ ist, dass es jedem freien Land überlassen bleiben müsse, wo es seine Bündnispartner suche. Ein Land, das nicht mit fliegenden Fahnen in die Nato strebt, sogar Bündnisse mit Russland beibehält, wird mit Sanktionen überzogen und an die Grenzen seiner Existenzfähigkeit gebracht. Da überführt sich der Westen selbst seiner Lüge.*

Das ist die Ebene der ideologischen Rechtfertigungen und verlässt den militärischen und strategischen Ernst der Lage. Der Witz ist, dass man nur deswegen mit Russland redet, weil es nach wie vor eine potente Atommacht ist.

— *Die Atomwaffen sind das Argument, wenn die Russen ihrerseits darauf bestehen, dass sie nur von atomarer Weltmacht zu atomarer Weltmacht in eine Diplomatie einsteigen. Implizit ist das die Drohung, dass sich Russland überlegen muss, wie es militärisch darauf reagiert, wenn sich der Westen auf diese Sorte Diplomatie nicht einlässt. Das wissen die USA auch und insofern sind die Europäer erst mal außen vor, auch wenn Blinken gesagt hat, man lädt die Staaten von Europa zu den Gesprächen ein. In den Verhandlungen geht es darum, ob der Westen den aktuellen Konflikt als eine Frage des Krieges ausmacht oder ob man ihm noch etwas abhandeln kann.*

— *Putin hat es so ausgedrückt: „Unsere Warnungen sind angekommen und werden vom Westen ernst genommen“. Wenn Biden in Aussicht stellt, dass vorerst keine Offensivwaffen in der Ukraine stationiert werden und er sich vorstellen könne, dass manche NATO-Manöver begrenzt werden, so heißt das nicht, dass der Westen von seinem Vorhaben gegen Russland Abstand nimmt, aber es steht zur Debatte, wie man es*

durchsetzt. So wird diese Gegnerschaft ausgefochten.

Was an Gesprächen läuft, was thematisiert wird, wer mit wem an welchem Tisch sitzen wird und was daraus wird, sind noch offene Fragen. Wenn alle Gespräche mit der Feststellung eröffnet werden, es handle sich eigentlich um unvereinbare Positionen; wenn der Westen die Bedingungen, die Russland stellt, für unerfüllbar hält, während die Russen an ihren Forderungen festhalten und ohne deren Erfüllung keine Perspektive sehen, dann hat man die Garantie dafür, dass dabei weder heute noch morgen ein schieflich-friedliches Resultat herauskommen wird. Das wird uns noch länger begleiten.

Denn diese Konfrontation ist der Auftakt zu einer Diplomatie, die *laufend* testet, was die andere Seite sich gefallen lässt und welche Zugeständnisse nötig sind, damit die eigene Offensive weiter gegen sie betrieben werden kann. Das ist von der Sache her ein Dauerthema. Es wäre falsch, sich zu überlegen, ob heute oder morgen der große Krieg ausbricht oder nicht. Bei dieser Form von Diplomatie wird von beiden Seiten klargestellt, dass die Kriegsfrage auf dem Tisch ist und es um die Bedingungen geht, unter denen die gewaltsame Auseinandersetzung zwischen den beiden Weltmächten ausgesetzt oder zumindest aufgeschoben werden kann und wo aktuell die Grenzen dafür liegen. Wenn die USA sagen, es drohe ein Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine, dann ist ihre Antwort nicht gleich die Atombombe, sondern ein ökonomischer Vernichtungsangriff auf die Russen. Es ist eine falsche Vorstellung, dass die existierende Kriegsdrohung in der Frage aufgeht, wann die Atombomben in Bewegung gesetzt werden. Der Einsatz der Atomwaffen steht als Drohkulisse im Hintergrund. Davor gibt es laufend ein Gerangel darüber, was sich die andere Seite gefallen lässt und unter welchen Bedingungen, wieviel Zugeständnisse sie macht und was sie dafür haben will. Von daher muss man auch nicht das Ergebnis der Gespräche abwarten, um sich klarzumachen, auf welcher Ebene die Konfrontation stattfindet und wo sie gelandet ist. Es ist eine Illusion zu meinen, nach Beendigung der jetzt angesetzten Gespräche hätte sich etwas entschieden und die Angelegenheit wäre erledigt.

— Ich habe folgendes Problem: In der Diskussion wurde gesagt, dass sich die Kontrahenten darüber auseinandersetzen, was sich die jeweils andere Seite gefallen lässt. Putin hat doch klargestellt, dass sich Russland viel zu viel gefallen lassen in der Hoffnung, dass es durch Entgegenkommen und friedliche Konkurrenz am Weltmarkt die Feindschaft, die die andere Seite ihnen aufgemacht hat, loswird. Diese Kalkulation ist nicht aufgegangen. Jetzt ziehen die Russen den Schluss, dass ihnen angesichts der Bedrohung gar nichts anderes übrig bleibt als auf dem Einhalten einer „roten Linie“ zu bestehen und sie sind entschlossen, ihre militärische Macht dafür einzusetzen. Dafür beraten sie sich mit ihren militärischen Führern. Was müssen sich denn auf der anderen Seite die NATO und die USA gefallen lassen, außer dass die Russen auf ihrer Selbstbehauptung bestehen? Die beiden Weltmächte verhandeln doch nicht auf Augenhöhe über das, was sie sich künftig vom anderen gefallen lassen oder nicht.

Beide Mächte überlegen und planen nicht erst jetzt, sondern ständig, was sie militärisch machen und wie sie einen Krieg führen, wenn er denn ansteht. Gleichzeitig testen beide Seiten den Gegner: Aus den Angeboten, die Biden macht, geht hervor, dass er austestet, womit sich Putin abspeisen lässt ohne härtere Konsequenzen militärischer Art zu ziehen. Russland setzt den Westen davon in Kenntnis, dass es sich gezwungen sieht, wenn die USA russische Interessen nicht respektieren, sich gewaltsam einen Sicherheitsrahmen zu schaffen und zu sichern und dass dazu auch gehört, in einzelnen Ländern militärisch aktiv zu werden. Jetzt muss man sehen, was sich der Westen da „gefallen lässt“. Es wird berichtet, dass Biden in den Verhandlungen geäußert hat: Wenn wir die Manöver sein lassen oder verlegen oder vorerst darauf verzichten, wie geplant, irgendwelche Waffen irgendwo zu stationieren, wäre das für Putin ein Angebot, auf das er sich einlässt und ebenfalls militärische Vorhaben zurückzieht und stillhält.

*

Das Thema für den **nächsten Jour Fixe am 24.01.2022** ist der Artikel „Das Grundgesetz – die Satzung des Staates“ im GS 3-21.